

Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rügsegger): Verkehrsberuhigung Brunnadern-/Elfenauquartier: offene Fragen!

Der Gemeinderat will das Brunnadern-/Elfenauquartier beruhigen und diverse Verkehrsbeschränkungsmassnahmen vornehmen. Es stellen sich nach wie vor diverse offene Fragen. Bereits früher musste das Thunstrasse-Projekt überarbeitet werden, weil das ASTRA mit den Auswirkungen des Projekts für den Verkehr nicht einverstanden war. Durch eine frühzeitige Kontaktaufnahme und die Vornahme der gebotenen Abklärungen hätten sich damals weitere Kosten und Umtreibe vermeiden lassen.

Auch bei der Vorlage Verkehrsberuhigung Brunnadern-/Elfenauquartier wurden wichtige Abklärungen unterlassen, insbesondere hätten in diesem Fall – nach Auffassung des Fragestellers – das EDA und die für die Sicherheit der Diplomaten zuständige FEDPOL frühzeitig in das Projekt miteinbezogen werden müssen:

Gemäss den Bestimmungen des Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vom 24. April 1964 könnten die im Perimeter liegenden Botschaften Einwände vorbringen, dass sie durch die vorgesehenen Verkehrsbeschränkungsmassnahmen gravierende Nachteile für ihre Sicherheit erleiden. Durch die Verengungen und die «Berliner Kissen» wird der Verkehr im Bereich der Zufahrten zu den Residenzen und Botschaften gestaut. Hier können gefährdete Personen einfach attackiert werden. Da sich im Bereich/Anfahrtsbereich der Brunnadern- und Elfenstrasse viele Botschaften und Residenzen befinden, ist mit damit zu rechnen, dass diese gestützt auf die erwähnte Konvention berechnete Einsprachen erheben werden. Zudem ist zu befürchten, dass gewisse Fahrer dann in die kleinen Quartierstrassen ausweichen, um möglichst ohne Anhalten zur Botschaft/Residenz zu gelangen. Damit würde aber gerade der Schutz der Anwohner in den kleinen Quartierstrassen vor Verkehr durch die vom Gemeinderat beabsichtigten Massnahmen unterlaufen.

Im Rahmen der Sanierung Kirchenfeldbrücke fand – dem Vernehmen nach – mit dem EDA ein recht intensiver Austausch statt. Der Gemeinderat wird in diesem Zusammenhang höflich um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Nahm der Gemeinderat im Rahmen der Projektierung der beabsichtigten Verkehrsbeschränkungsmassnahmen auch Kontakt mit dem EDA, dem FEDPOL und/oder den im Perimeter liegenden Botschaften auf? Wenn ja, mit wem, was war das Resultat? Wenn nein, warum nicht?
2. Wird der Gemeinderat dies nachholen? Wenn nein, warum nicht? Riskiert der Steuerzahler mit diesem Vorgehen nicht wie in vielen andern Fällen, dass er sinnlose Planungskosten und Prozesskosten zahlen muss? Warum nicht?
3. Wie beurteilt der Gemeinderat das Risiko, dass die Diplomaten infolge ihrer sicherheitstaktischen Überlegungen – trotz allfälliger nach einem Monitoring erlassener Zufahrtsbeschränkungen («Zubringer») – vermehrt die kleinen Quartierstrassen benützen: Nimmt diese Gefahr nicht zu? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, welche Massnahmen würde der Gemeinderat dagegen ergreifen?

Bern, 03. Mai 2018

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz, Kurt Rügsegger

Mitunterzeichnende: Rudolf Friedli

Antwort des Gemeinderats

Die Verkehrsberuhigung im Quartier Brunnadern-Elfenau soll nun auf der Achse Elfenstrasse – Brunnadernstrasse – Egghölzlistrasse komplettiert werden, damit sie als alternative «Schleichroute» zur Hauptachse Thunstrasse – Burgernziel – Muristrasse nicht mehr attraktiv ist. Die verkehrsberuhigenden Massnahmen entsprechen einem mehrfach und deutlich bekundeten Bedürfnis der Quartierbevölkerung (u.a. Mitwirkung, Petition der IG Elfenau mit über 600 Unterschriften). Diesem ist der Gemeinderat nachgekommen, indem er ein entsprechendes Betriebs- und Gestaltungskonzept hat ausarbeiten lassen. Das Konzept wurde der zuständigen Quartierkommission vorgestellt und stiess dort grossmehrheitlich auf Zustimmung.

Vor diesem Hintergrund beantwortet der Gemeinderat die einzelnen Fragen wie folgt:

Zu Frage 1 und 2:

Für die Sicherheit der diplomatischen Einrichtungen und deren Personal ist grundsätzlich der Bund zuständig. Örtliche Gegebenheiten, auch solche im öffentlichen Strassenraum, fliessen jeweils mit in die Lagebeurteilung ein. Gestützt darauf resp. nach Massgabe der resultierenden Gefährdungslage legt der Bund die Sicherheitsmassnahmen fest, welche schliesslich durch die Kantonspolizei und deren Botschaftsschutz getroffen werden. Für das vorliegende Projekt waren zwei Vertreter der Kantonspolizei in das Projektteam zur Erarbeitung des Betriebs- und Gestaltungskonzepts (BGK) eingebunden. Aus Sicht der Kantonspolizei kann mitnichten von einem unkalkulierbaren Risiko und von einem sicherheitspolitisch und -technisch unverantwortbaren Vorhaben gesprochen werden. Die einzelnen diplomatischen Missionen im Einzugsgebiet des Projekts hingegen sind nicht befragt worden. Eine Stellungnahme des FEDPOL wird im Rahmen der weiteren Projekterarbeitung eingeholt.

Der dem Stadtrat vorgelegte Kreditantrag basiert auf einer groben Baukostenschätzung (+/- 30 %). Die Kosten sind solid und anhand der üblichen Parameter berechnet worden. Die Planerarbeiten werden nach den Regeln des öffentlichen Beschaffungswesens ausgeschrieben. Das Projekt entspricht zudem einem Bedürfnis des Quartiers. Der Gemeinderat weist daher die Einschätzung, dass mit diesem Projekt Steuergelder verschleudert würden, zurück.

Zu Frage 3:

Wie sich das neue Temporegime und die Einführung der Begegnungszonen auf das Fahrverhalten – auch jenes des Personals der ausländischen Missionen – auswirken, wird im Rahmen einer Erfolgskontrolle ausgewertet werden. Falls die kleinen Quartierstrassen vermehrt benutzt werden sollten, werden weitere Massnahmen ergriffen. Insbesondere würde der Durchfahrtswiderstand so weit erhöht, bis der Weg durch das Quartier für den quartierfremden Durchgangsverkehr aufgrund des Zeitverlusts noch unattraktiver würde.

Bern, 13. Juni 2018

Der Gemeinderat